



INFO SHEET

EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK UND DEMOGRAFISCHER WANDEL IN SACHSEN

#lassunsreden ist ein Format der Arbeitsgruppe für eine
EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK in Sachsen.

Engagementstiftung Sachsen

Neefestrasse 82

09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 533 64 - 30

Fax: (0371) 533 64 - 26

E-Mail: jugendpolitik@engagementstiftung-sachsen.de

www.lassunsreden.info

Eigenständige Jugendpolitik (EJP) ist eine ressortübergreifende Politik für alle Jugendlichen in Sachsen. Ihr Ziel ist mehr Jugendgerechtigkeit. Das erreicht sie, indem sie schaut, wie sich etablierte Strukturen und Entscheidungen auf Jugend auswirken und indem sie für notwendige Veränderungen Dialogräume schafft. Damit werden die gesellschaftlichen Anforderungen an Jugendliche und deren eigene Interessen in Einklang gebracht.

Zur Etablierung der Eigenständigen Jugendpolitik hat das Land Sachsen bereits wichtige Schritte unternommen, wie 2016 die Verabschiedung des EJP-Eckpunktepapiers des Landesjugendhilfeausschusses, das relevante Handlungsfelder eröffnet und Zielstellungen definiert sowie im selben Jahr die Einberufung einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) EJP zur ressortübergreifenden Arbeit. Im Jahr 2018 folgte die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung als Soll-Bestimmung in der Sächsischen Kommunalverfassung, der Fünfte Sächsische Kinder- und Jugendbericht mit dem Schwerpunkt EJP sowie die Einsetzung einer Kinder- und Jugendbeauftragten. Flankierend fördert der Freistaat die AG EJP Sachsen, die diese Prozesse in ihrer Gesamtheit sowie im Detail vorantreibt und Expertise zur Verfügung stellt.

Aktuell steht die Entwicklung einer sächsischen Jugendgerechtigkeitsstrategie an, welche in einem weiteren Schritt von der sächsischen Landesregierung verabschiedet werden kann und dann als Steuerinstrument zur Umsetzung von Jugendgerechtigkeit sowohl auf Landes-, Landkreis- als auch auf kommunaler Ebene dienen soll.

Der demografische Wandel in Sachsen ist aus Sicht der Eigenständigen Jugendpolitik ein entscheidender Faktor, den der Freistaat völlig zu Recht schon seit Jahren in den Blick nimmt. Insbesondere der Leitsatz bzw. Lösungsansatz der Generationengerechtigkeit, wie ihn das sächsische „Handlungskonzept Demografie“ beschreibt, korrespondiert mit dem EJP-Leitziel der Jugendgerechtigkeit.

Politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln können nicht allein auf die aktuell oder prognostisch am stärksten vertretenen Altersgruppen ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, den seit 2011 in Sachsen eingeführten Demografietest zu evaluieren. Vielleicht ist es auch lohnenswert, dessen Prüfraster um jugendpolitische Zielstellungen zu ergänzen. Eine Generationen- und jugendgerechte Politik sollten zukunftsorientiert auf ein Wachstum der Jugend vor Ort und auf die Stärkung sämtlicher Bleibe- und Rückkehrfaktoren für junge Menschen ausgerichtet werden. Jugend sollte als lebendiger Teil der Gemeinschaft gesehen werden, als Motor für das Gemeinschaftsleben.

Dafür gilt es, neben den wirtschaftlichen Faktoren, Stichwort „Work-Live-Balance“, auch die soziale Infrastruktur in den Blick zu nehmen, denn nur wer sich wohlfühlt, bleibt oder kommt zurück. Jugendkulturelle Orte sollten demzufolge im wahrsten Sinne des Wortes ins Zentrum gerückt werden. Dazu könnte auch der Freistaat den Kommunen ein spezielles Jugendbudget zur Verfügung stellen, über das Jugendliche selbst mitentscheiden. Hierbei geht es nicht um Jugendinitiativprojekte sondern um diejenigen Vorhaben, die von kommunaler Seite geplant werden und Auswirkungen auf Jugend vor Ort haben. Interessant wäre auch eine Landesjugendprämie für die Kommunen, die es schaffen, ihren Jugendanteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, um einen bestimmten Prozentsatz zu erhöhen. Zusätzlich könnten im Freistaat Sachsen Anreize geschaffen werden, z.B. mit der Auszeichnung „Jugendfreundlichste Kommune Sachsens“. Kriterien dafür wurden bereits in Beteiligungsverfahren erarbeitet, sie finden sich in der Veröffentlichung „Kriterien für jugendgerechte Kommunen in Sachsen“.